86. Jahrgang. № 390 Montag, 21. August 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich M. 30,—, aber durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 30,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 12,—, außerhalb Sachsens M. 15,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25 %, Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer M. 2,—, Sonntagsausgabe M. 3,—.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Fühlung zwischen Paris und Berlin?

Eine wirtschaftliche Annäherung.

Paris, 20. Aug. „Figaro" schreibt zur Abreise der beiden Delegierten der Reparationskommission: Was hält die französische Regierung von diesem Beschluß der Reparationskommission? Was ist ferner von den Gerüchten zu halten, die von einer französisch-deutschen Annäherung sprechen? An zuständiger Stelle erklärte man Freitag abend: Für den Augenblick kann von einer anderen Politik als derjenigen, die der Ministerrat in Rambouillet festgelegt und gebilligt hat, nicht die Rede sein. Es ist möglich, daß Besprechungen, übrigens streng privater Art, zwischen Franzosen und Deutschen aufgenommen worden sind, ohne daß sie die Richtlinien dieser Politik im mindesten ändern können. Mehr als je ist die Regierung entschlossen, die Rechte Frankreichs, alle seine Rechte zu verteidigen, gleichviel ob sie sich dabei auf den Vertrag stützt oder nicht. Wenn von Deutschland die erforderlichen Pfänder und Garantien geliefert würden, könnte man an ein umfassenderes Abkommen denken und vielleicht entscheiden, **ob sich eine unmittelbare Fühlung zwischen Paris und Berlin herstellen läßt.**

Das Blatt „Journée Industrielle" verfolgt seine Politik der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland weiter. In dem gestrigen Artikel heißt es: Es gibt ein Gebiet, auf dem man mit verhältnismäßiger Leichtigkeit etwas schaffen kann: das Gebiet der wirtschaftlichen Organisation, das der Vertrag von Versailles vollkommen vernachlässigt hat. Der Verfasser bezieht sich dann auf das Beispiel Italiens und fährt fort: Was Italien verlangt, was ebenso Deutschland, was der kleinste Staat des festländischen Europa verlangt, ist die Einbeziehung in einen Wirtschaftsplan, der ihnen die reguläre Erfüllung ihres Geschicks gewährleistet. Das Wirtschaftliche oder, wenn man will, **die Sorge um das tägliche Brot umschließt eine starke politische Kraft.** Allerdings bedarf es, um sie nutzbar zu machen, der Kenntnis anderer Archive als derjenigen der Ministerien.

Französische Unnachgiebigkeit.

Paris, 20. Aug. Zur Reise der beiden Delegierten der Reparationskommission nach Berlin schreibt „Petit Parisien" offenbar beeinflußt: Das Vorgehen der Reparationskommission hat den Zweck, zu erfahren, welche produktiven Pfänder man in Deutschland nehmen kann. Wenn die Reparationskommission sich auf die einzige Frage des von Deutschland verlangten Moratoriums beschränken will, ergeben sich zwei Möglichkeiten: entweder die Verhandlungen werden dazu führen, daß man keine annehmbaren Pfänder für die Bewilligung eines Moratoriums findet — in diesem Falle wird es sicher von der Mehrheit der Reparationskommission abgelehnt werden —, oder aber die Verhandlungen werden zu einer Kombination führen, die die Reparationskommission für annehmbar hält; dann wird sie ihre Entscheidung dementsprechend treffen. Die Regierungen, die sich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten haben, und insbesondere Frankreich, das sein Programm aufrechterhalten hat, werden sich alsdann vor eine Entscheidung der Reparationskommission gestellt sehen. **Wir glauben bestätigen zu können, daß, wenn eine zugunsten eines Moratoriums getroffene Entscheidung nicht die von Frankreich verlangten Pfänder enthält, wenn sie im Gegenteil Kompromisse in sich schließt, die vom französischen Standpunkt aus als unannehmbar angesehen werden, sich die französische Regierung für berechtigt halten wird, demgemäß zu handeln.** (W. T. B.)

Paris, 20. Aug. Ueber die Rede, die Poincaré morgen in Bar-le-Duc aus Anlaß einer außerordentlichen Tagung des Generalrates halten wird, schreibt „Echo de Paris": Morgen wird Poincaré aufs neue die Reparationspolitik der französischen Regierung begründen. Er wird dieses Mal öffentlich seinen Entschluß mitteilen, Deutschland **nur gegen die Verpfändung der staatlichen Gruben im Ruhrgebiete und der Domanialwälder auf dem linken Rheinufer ein Moratorium** zu bewilligen. Er wird seinen Entschluß zum Ausdruck bringen, sich nicht durch Kompromisse aufhalten zu lassen, an denen im Augenblick die Reparationskommission arbeitet, wenn diese Kompromisse hinter dem Minimalprogramm zurückbleiben, das er in den letzten Tagen der Konferenz von London sich zu eigen gemacht hat. **Endlich wird er zweifellos andeuten, daß er eventuell nicht zögern werde, zu den strengsten Sanktionen gegenüber dem widerspenstigen (!) Schuldner überzugehen.** (W. T. B.)

Sozialdemokratische Drohungen gegen Bayern.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 20. Aug. Der Bezirksverband Brandenburg der Sozialdemokratischen Partei hielt am Sonntag eine Tagung ab, auf der der Vorsitzende der S. P. D. Wels einen ausgedehnten Bericht über die innere und äußere Lage des Reiches gab. Er stellte fest, daß die innerpolitische Lage bestimmt sei durch die ergebnislose Londoner Konferenz und den ihr auf dem Fuße gefolgten Zusammenbruch der deutschen Währung. Dazu trete die innerpolitische Gefahr, die der Einheit des Reiches durch Bayern drohe. Die deutschen Monarchisten hätten in den französischen Chauvinisten und in Poincarés Rachepolitik wertvolle Helfer erhalten. Im früher demokratischen Bayern spiele jetzt die Elite der Reaktion, das preußische Junkertum, die erste Geige.

Nur aus außenpolitischen Gründen habe die Reichsregierung der bayrischen Regierung gegenüber eine so große Nachgiebigkeit bewiesen.

Bei den verflossenen Verhandlungen habe die sozialistische Partei der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt vertreten, daß sie vor Bayern diesmal nicht zurückweichen dürfe. Es sei bedauerlich, daß wichtige Gründe außenpolitischer Natur nötigten, den Kampf gegen Bayern, der ja nur ein Kampf gegen eine reaktionäre Minderheit sei, der ja doch noch einmal kommen müsse, zurückzustellen. Die Sozialdemokratische Partei wünsche diesen Kampf nicht. Es wäre ihr auch lieber, wenn Lerchenfeld nicht mehr die Scheinkulisse für die Kahrs und Poehners abgeben würde. Es gehe nicht an, daß das Gesetz zum Schutze der Republik an der bayrischen Grenze Halt mache.

Geschehe dies aber, dann komme es zu einer Umwälzung, die im Vergleich zur Revolution von 1918, auf deren unblutigen Verlauf man stolz sei, entsetzlich wäre.

Nach dieser Drohung ging dann Wels mit den Freunden von der äußersten Linken, den Kommunisten, scharf ins Gericht. Zur mehrheitssozialistisch-unabhängigen Arbeitsgemeinschaft erklärte er, in seiner Partei habe zwar mancher dieses Zusammengehen nicht gern gesehen, aber die Unabhängige Partei stände vor dem Verfall. Es ginge nicht an, eine Arbeiterpartei vor den Augen des Bürgertums der ganzen Welt zusammenbrechen zu lassen. Auch liege im geplanten Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, wenn auch nicht ausgesprochen, doch der Gedanke des Blocks gegen den Sozialismus. Der Zusammenschluß des Bürgertums würde den Kampf im Parlament vereinfachen und den Massen draußen zeigen, wo die Feinde stehen. Nachdem Wels noch das kläglich scheiternde bolschewistische Weltbeglückungssystem gebrandmarkt hatte, sprach er zum Schluß die Hoffnung aus, daß die internationale Sozialdemokratie es erreichen möge, daß Deutschland ein längerer Zahlungsaufschub gewährt werde.

Der Parteitag nahm dann eine Entschließung an, in der es heißt, daß er ernste Bedenken gegen das zwischen der Reichsregierung und Bayern abgeschlossene Berliner Protokoll nicht zurückhalten könne. Um so mehr erwarte er, daß die Reichsregierung keine weiteren Konzessionen mache. Sollte die bayrische Reaktion trotzdem noch weitere Schwierigkeiten machen, so verlange der Parteitag, daß die Reichsregierung von allen gesetzlichen Mitteln Gebrauch mache, um ihren Willen durchzusetzen. In einer weiteren Entschließung wird von der Reichstagsfraktion verlangt, dafür einzutreten, daß Schülern höherer Lehranstalten der Urlaub für den Eintritt in die Technische Nothilfe verweigert werde, um beim Landarbeiterstreik zu helfen.

Entscheidende Schritte Oesterreichs.

Wien, 19. Aug. Die Führung der äußeren Politik in Deutsch-Oesterreich steht vor einem sensationellen, aber nicht unerwarteten Wendepunkt. Wie maßgebenden Orts mitgeteilt wird, hatte Bundeskanzler Dr. Seipel Besprechungen mit den Wiener Vertretern der Entente, in denen er auf den Ausgang der Londoner Konferenz hinwies und erklärte, daß durch die abermalige Verweisung der Hilfsaktion für Deutsch-Oesterreich vor den Völkerbund und die dadurch bewirkte neuerliche Verzögerung der Notenbankgründung sich die innere Lage in Deutsch-Oesterreich verschärft habe. Das österreichische Problem könne jetzt nicht mehr als ein finanzielles, sondern müsse im Zusammenhang mit der Weltlage als ein politisches betrachtet werden. Da in erster Reihe durch Veränderungen in Oesterreich die Nachbarstaaten in Mitleidenschaft gezogen seien, sehe sich die österreichische Regierung veranlaßt, mit den führenden Nachbarstaaten Fühlung zu suchen und sei bereits mit Berlin, Rom und Prag in Verbindung getreten. Bundeskanzler Dr. Seipel wird sich Sonntag abend zu eintägigem Aufenthalt nach Prag begeben, um mit dem tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch die Situation Deutsch-Oesterreichs zu besprechen. Montag abend reist Bundeskanzler Dr. Seipel von Prag nach Berlin, wo er vom Reichskanzler Dr. Wirth erwartet wird. Ohne die Absichten der deutsch-österreichischen Regierungen im einzelnen zu kennen, kann doch gesagt werden, daß offenbar jetzt als letztes Hilfsmittel der so oft aus höherem Zwang aufgegebene Anschlußgedanke in den Vordergrund tritt.

Wien, 19. Aug. Den Bundeskanzler wird auf seiner Reise nach Prag und Berlin der Finanzminister begleiten. Die Nachrichten über einen von den Banken der Regierung gewährten Milliardenvorschuß entsprechen nicht den Tatsachen. Die weitere geordnete Führung des Staatshaushalts ist gesichert. (W. T. B.)

Wien, 19. Aug. Die Anglo-Bank und die Länderbank stimmten der Beteiligung an der Oesterreichischen Notenbank zu, machen jedoch die Zustimmung von einigen Aenderungen im Statut der österreichischen Bank abhängig, die im wesentlichen die völlige Unabhängigkeit der neuen Notenbank gegenüber der Regierung sichern sollen, um das uneingeschränkte Vertrauen des Auslandes zu der neuen Bank zu erreichen und die Beteiligung ausländischen Capitals zu erleichtern. (W. T. B.)

Erhöhung der österreichischen Zölle auf das Fünftausendfache.

Wien, 19. August. Von Montag ab treten erhöhte Posttarife in Kraft. Danach kosten Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 200 Kronen, Postkarten 50 Kronen, Drucksachen bis 50 Gramm 20 Kronen, Postanweisungen bis 10 000 Kronen kosten 200 Kronen, bis 25 000 Kronen 400 Kronen. Der Höchstbetrag ist 2000 Kronen. Gewöhnliche Gewichtsgebühren für Pakete für je 5 Kilogramm kosten 2400 Kronen. Bei Leitung über die Tschecho-Slowakei für je 5 Kilogramm 3600 Kronen. **Wie die Staatskorrespondenz erfährt, werden auf den Staatsbahnen der Südbahn und der Aspang-Bahn die Gütertarife vom 1. September ab um 150 Prozent, die Personen- und Gepäcktarife vom 8. September um 800 Prozent hinaufgesetzt. Vom 28. August ab werden die Zollaufschläge auf das Fünftausendfache des Nominalbetrages erhöht. Gewisse Artikel, wie Kaffee, Zucker und Petroleum, werden aber nur zu 40 Prozent der jeweiligen Goldparität verzollt. Die bisherige Zollfreiheit, insbesondere auch für Artikel wie Getreide, Mehl, Fett, Fleisch, Milch und Kohle bleibt bestehen.**

England und der Marksturz.

London, 19. Aug. Der neue Sturz der Mark auf 5700 für das Pfund Sterling wird in der englischen Presse lebhaft erörtert. Der City-Redakteur der „Daily News" sagt, jede weitere Entwertung der Mark mache die Handelslage Deutschlands immer verzweifelter. Das Geschäftsleben scheine sich dem toten Punkt zu nähern. Alle Abmachungen deutscher Geschäftsleute in auswärtiger Währung müßten in Frage gestellt werden, denn mit den besten Absichten der Welt seien die Kaufleute nicht in der Lage, mit derartigen katastrophalen Wertschwankungen fertig zu werden. Je mehr man die Lage untersuche, um so mehr sei zu befürchten, daß Deutschland als Handelsnation für einige Zeit ausgeschaltet werde, bis Ordnung in die deutschen Finanzen gebracht worden sei.

„Westminster Gazette" schreibt: Diese plötzlichen Stürze der deutschen Währung, die so oft unter dem Einfluß einer Reparationskrise erfolgen, können nicht auf die Mängel der deutschen Finanz- und Fiskalpolitik zurückgeführt werden. Der neue Zusammenbruch ist, wie die früheren, auf die Tatsache zurückzuführen, daß Deutschland seine Verpflichtungen an die Alliierten nicht in Waren erfüllen kann und daher gezwungen ist, sie durch Verkauf von Mark an den Börsen zu erfüllen.

Ein amerikanisches Urteil.

London, 20. Aug. Der Direktor des bekannten amerikanischen Bankhauses Lazar Brothers Brand erklärt in einer Zuschrift an die Presse, daß die Franzosen unrecht hätten, wenn sie die Summen, die sie von Deutschland zu erlangen hofften, übertrieben, und wenn sie sich namentlich einbildeten, daß man große Beträge sofort erhalten könne. Brand zeigt, welches die Ursachen der Markentwertung sind: Deutschland könne, so lange es Geldzahlungen leisten müsse, sein Budget nicht ins Gleichgewicht bringen und auch keine auswärtige Anleihe aufnehmen. Selbst wenn Deutschland aus der Markentwertung jemals einen wirklichen Vorteil gezogen hätte, so laufe es doch jetzt Gefahr, auf dem abschüssigen Wege einer weiteren Markentwertung bleiben zu müssen. Gegenwärtig könne man die jährlichen Reparationszahlungen überhaupt nicht festlegen. Vor allem müsse der deutsche Kredit wieder hergestellt und die Mark stabilisiert werden, was viel Zeit erfordere. Deutschland brauche einen völligen Zahlungsaufschub für zwei bis drei Jahre.

Parmentiers Mißerfolg in Amerika.

Paris, 20. Aug. „Ere Nouvelle" schreibt: Die Mission Parmentiers endete praktisch mit einem Mißerfolg. Millerand hat richtig gesehen, als er die Entscheidung, diesen Beamten des Finanzministeriums nach Washington zu senden, kritisierte. Wir können den Präsidenten der Republik nicht tadeln, daß er jetzt von seiner Autorität Gebrauch gemacht hat, um die Rückberufung eines unzulänglichen Unterhändlers zu beschleunigen. Wer das nationale Interesse im Auge hat, muß sich wohl hüten, Herrn Parmentier nach den Vereinigten Staaten zurückzusenden. Dadurch, daß wir einen Beamten mit einem offiziellen Auftrage zum Staatsdepartement nach Washington geschickt haben, haben wir uns ostentativ von England getrennt, und England seinerseits wollte uns begreiflich machen, daß es unsere Geste verstanden hat. Das Kabinett von St. James hat auf die Mission Parmentiers mit der Note Balfours geantwortet. (W. T. B.)

Paris, 20. Aug. Nach einer Meldung aus Washington tritt Parmentier am 29. August die Rückreise aus Washington an. (W. T. B.)

Wie das Berliner Protokoll zustande kam.

München, 19. Aug. Die Münchner Zeitungen veröffentlichen heute eine Zuschrift, betitelt: „Wie das Berliner Protokoll zustande kam." Darin heißt es: „Sofort bei Beginn der Verhandlungen zeigte sich deutlich, daß die Reichsregierung offenbar auf Grund eines Kabinettsbeschlusses zwar bereit war, in der Frage des Beamtengesetzes und in gewissen Einzelheiten des Reichskriminalgesetzes Zugeständnisse zu machen, dafür aber die Frage des Staatsgerichtshofes als unantastbar zu behaupten und das Hauptgewicht ihres Widerstandes darauf zu verlegen. Die Verhandlungen der beiden Justizminister drohten bei der wiederholten schroffen Erklärung des Ministers Radbruch, daß der Staatsgerichtshof völlig undiskutabel bleiben müsse und das Kabinett mit Rücksicht auf die Wahrung seiner Autorität zu keinerlei Zugeständnissen bereit sei, völlig zu scheitern, zumal Minister Dr. Gürtner erklärt hatte, daß bei dieser Starrheit des Reichskabinetts in der Frage des Staatsgerichtshofes jedes andere Entgegenkommen für Bayern unnütz sei — selbst wenn es der Chef der Mission zugeben sollte. Dieser kritische Augenblick, der den Abbruch der Verhandlungen in sich tragen konnte und eine deutliche Verlegenheit des Reichskabinetts hervorrief, wurde von dem Reichspräsidenten Ebert mit der Bemerkung unterstrichen, daß durch das Urteil des bayrischen Justizministers eine Verschärfung der Lage eingetreten sei. Die Wendung wurde dadurch herbeigeführt, daß es dem Reichspräsidenten gelungen ist, dem Grafen Lerchenfeld in Privatunterredungen den Gedanken eines süddeutschen Senats nahezubringen. Durch eine sofort einberufene Kabinettsitzung wurde denn auch dieser Vorschlag zum Beschluß erhoben und der Minister Radbruch beauftragt, dies Kompromiß dem bayrischen Justizminister als neue Verhandlungsgrundlage vorzuschlagen. Dr. Gürtner erklärte hierauf, daß er nicht in der Lage sei, das Kompromiß anzunehmen, da dasselbe unter die Grenzlinien hinabgehe, die ihm durch seine Instruktionen gezogen seien. Die folgenden Besprechungen bewegten sich auf dem Gebiet der technischen Einzelheiten des Vorschlages, ohne Verbindlichkeit, wie die gesamten Berliner Verhandlungen überhaupt, entgegen dem Versuch der amtlichen Presse, das bekannte Protokoll zu einem offiziellen Vertrage umzudeuten.**

SLUB
Wir führen Wissen.